



Dr. Ernst Dieter Rossmann

Mitglied des Deutschen Bundestages
Platz der Republik, 11011 Berlin

 (030) 227-73447

 (030) 227-76318

 ernst-dieter.rossmann@bundestag.de
www.ernst-dieter-rossmann.de

Pressemitteilung

10.05.06

Rossmann: Konkrete Anliegen aus dem Kreis Pinneberg werden bei den Korrekturen von Hartz IV mit berücksichtigt

Auch aus dem Kreis Pinneberg hatte es sehr konkrete Anregungen und Forderungen zur Veränderung der Grundsicherung nach Hartz IV gegeben. Der Kreis Pinneberger SPD-Bundestagsabgeordnete Dr. Ernst Dieter Rossmann freut sich darüber, dass bei dem jetzt vorgelegten Regierungskonzept zur Optimierung der Grundsicherung für Arbeitsuchende auch zwei wichtige Anliegen aus dem Kreis Pinneberg mit berücksichtigt wurden.

So hatten die Stadtverwaltungen von Wedel und Elmsborn den Abgeordneten darauf hingewiesen, dass durch Änderungen im SGB II und SGB XII die Kommunen nicht mehr die Mietschulden für erwerbstätige Geringstverdiener übernehmen durften und somit vielen Betroffenen die im Endeffekt noch teurere Obdachlosigkeit drohte. Rossmann: „Ich freue mich, dass dieses Problem im Hartz-VI-Optimierungsgesetz durch eine

Öffnungsklausel zur Mietschuldenübernahme nach SGB XII (§ 21 und § 34) gelöst wird. Dafür habe ich mich in unseren Gremien und beim Arbeitsministerium sehr konkret eingesetzt.“

Ebenso hatte Rossmann im vergangenen Jahr in seiner Bürgersprechstunde und durch die Elmshorner Arbeitsagentur erfahren, dass volljährige Arbeitslosengeld-II-Empfänger, die eine berufsvorbereitende Maßnahme beginnen wollen, finanziellen Nachteile erleiden mussten, da das SGB II und die Berufsausbildungsbeihilfe nicht kompatibel waren. Die Motivation junger Menschen zu einer Berufsausbildung wurde damit eher abgebaut als gefördert. Rossmann: „Auch hier haben die Stimmen aus dem Kreis Pinneberg Gehör in Berlin gefunden. Empfänger von BAföG, von Berufsausbildungsbeihilfe und von Ausbildungsgeld können bald in ganz bestimmten Härtefallsituationen zusätzlich Leistungen für Unterkunft und Heizung als Zuschuss erhalten“.

Durch das Hartz-IV-Optimierungsgesetz setzt die Koalition von SPD und CDU/CSU die Absprache aus der Koalitionsvereinbarung um, Erfahrungen und Erkenntnisse nach dem ersten Jahr von Hartz IV zügig auszuwerten. Rossmann: „Wir werden mit diesem Gesetz Klarstellungen gerade an den Schnittstellen zu anderen Gesetzen herbeiführen und zügig die Verbesserung der Eingliederung und der Verwaltungspraxis, die Optimierung des Leistungsrechts und die Vermeidung von Leistungsmissbrauch anpacken, damit die Grundsicherung für Arbeitssuchende optimal und gerecht wirken kann.“